

Pressekonferenz

„Gefahren für die Gesundheit der Bevölkerung in Japan“

15.8.2011, 11.00 Uhr, IALANA-Büro Schützenstr. 6a, 10117 Berlin



IPPNW (International Physicians for the Prevention of Nuclear War)

Stellungnahme von Dr. med. Winfrid Eisenberg, Arzt für Kinderheilkunde und Jugendmedizin, IPPNW-Arbeitskreis Atomenergie

Bisher stehen in Japan hauptsächlich Daten über die radioaktive Verseuchung mit Cäsium¹³⁷ im Boden sowie über die „externe“ Gammastrahlung in der Umwelt zur Verfügung. Viel bedeutsamer ist jedoch die langfristige Exposition durch „interne“ Strahlung nach Aufnahme von Radionukliden über die Atemluft, mit dem Essen und Trinken (Inkorporation).

Da ich Kinderarzt bin, gehe ich besonders auf die Gefahren für Kinder im Nordosten Japans ein. Kinder sind um ein Vielfaches strahlensensibler als Erwachsene, da der wachsende Organismus eine viel höhere Zellteilungsfrequenz hat als der ausgewachsene. Zellen in der Teilungsphase - das ist unstrittig - sind durch ionisierende Strahlung viel stärker gefährdet als Zellen in der Ruhephase. Je jünger ein Kind, desto schneller wächst es, desto mehr Zellteilungen hat es. Das bedeutet: Der Embryo, das ungeborene Kind in den ersten 12 Wochen der Schwangerschaft, hat das größte Risiko eines Strahlenschadens. Für einen Embryo gibt es keinen Grenzwert, unterhalb dessen keine Gefahr bestünde. Auch Säuglinge, Kleinkinder und Schulkinder sind noch erheblich mehr durch Radioaktivität bedroht als Erwachsene.

Die IPPNW kritisiert in diesem Zusammenhang, dass die japanischen Behörden den Grenzwert für Kindergarten- und Schulkinder am 20. April 2011 auf 20 mSv/Jahr angehoben haben, weil die Regierung sonst in manchen Regionen viele Kindergärten und Schulen hätte schließen müssen. 20 mSv/Jahr gilt in den meisten Ländern, so auch bei uns, als oberste Grenze für Mitarbeiter in Atomanlagen. Für die Normalbevölkerung beträgt der entsprechende Dosisgrenzwert 1 mSv/Jahr. Kinder offiziell mit 20 mSv/Jahr zu belasten, ist aus unserer Sicht nicht verantwortbar.

Unsere Ärzteorganisation fordert, den Grenzwert für Strahlenexposition aus Atomanlagen auch in Japan wieder auf 1 mSv / Jahr festzusetzen. Schwangere und Familien mit Kindern aus Gebieten, in denen dieser Dosisgrenzwert überschritten wird, müssen evakuiert werden. Evakuierungszonen nur in Bezug auf die Entfernung zu den havarierten Reaktoren zu definieren, wird den Erfordernissen des Gesundheitsschutzes nicht gerecht.

Aufgrund der durch viele Messungen u.a. von Greenpeace nachgewiesenen Belastung des Meerwassers, der Fische, der Böden und der landwirtschaftlichen Produkte muss in Nordost-Japan im Lauf der nächsten Jahre mit zahlreichen strahlenbedingten Krankheiten gerechnet werden. Entsprechend den nach Tschernobyl beobachteten Entwicklungen in der Nordukraine und in Süd- Weißrussland wird schon nach 3 – 5 Jahren bei den in der Präfektur Fukushima lebenden Kindern, die jetzt zwischen 0 und 4 Jahre alt sind, vermehrt Schilddrüsenkrebs auftreten. Die Kinder aus den angrenzenden Präfekturen Miyagi, Iwate, Yamagata, Niigata, Gunma, Tochigi und Ibaraki werden ebenfalls betroffen sein, wenn auch mit geringerer Krankheitsfrequenz je nach der Entfernung von Daiichi sowie den Windrichtungen und

Niederschlägen. Die Diagnose Schilddrüsenkarzinom wird auch bei jetzt älteren Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen häufiger gestellt werden müssen, allerdings nimmt die Latenzzeit mit dem Alter bei Strahlenexposition zu. Eine rechtzeitige Jodprophylaxe ist wegen der Erdbeben- und Tsunami-Katastrophe nicht organisierbar gewesen. Jodprophylaxe schützt die Schilddrüse nur, wenn sie mindestens einige Stunden, besser 1 – 2 Tage vor dem Kontakt mit radioaktivem Jod verabreicht wird. Nachträgliche Gabe des stabilen Jods nützt nichts mehr.

Zu befürchten ist, dass auch die Leukämie bei Kindern in den betroffenen Regionen schon ab 2016 deutlich häufiger auftreten wird. Leukämie („Blutkrebs“) ist stärker mit ionisierender Strahlung korreliert als die anderen Krebsarten. Bei den ab Dezember 2011 erwarteten Neugeborenen muss entsprechend den nach Tschernobyl registrierten Befunden mit einem Anstieg von Chromosomenaberrationen und angeborener Fehlbildungen gerechnet werden.

Nicht nur die Kinder, sondern alle Menschen in der Umgebung von Fukushima werden in den nächsten Jahren an den Strahlenfolgen leiden. Radioaktivität verursacht keineswegs nur Krebs und genetische Veränderungen, sondern auch zahlreiche Nichtkrebserkrankungen, z. B. Immunschwäche, Herz- und Gefäßkrankheiten, neurologische und endokrinologische Erkrankungen, vorzeitiges Altern.

Um die Bevölkerung vor der Aufnahme radioaktiver Spaltprodukte mit der Nahrung und dem Wasser schützen zu können, bedarf es zuverlässiger, kontinuierlicher Messungen. Die Behörden kommen dieser Aufgabe offenbar nicht in ausreichender Weise nach. Darüber hinaus glauben die Menschen die offiziellen Messergebnisse nicht mehr, nach allem, was sie bezüglich Informationspolitik in den vergangenen Monaten erlebt haben.

Der australische IPPNW-Mediziner Prof. Tilman Ruff von der Universität Melbourne erlebte bei seinem Besuch in Fukushima vor wenigen Tagen ein großes Defizit an Informationen über Strahlung und Gesundheit. Die BürgerInnen hätten insbesondere Rat darüber gesucht, wie sie die Strahlenexposition minimieren könnten. Die Menschen glaubten zwar, dass weitere Evakuierungen notwendig seien, sie hätten jedoch nicht verstanden, dass sie langfristig nicht zurückkommen können.

Tilman Ruff fordert ein umfassendes Register der Bevölkerung in den erheblich verseuchten Gebieten sowie aller Arbeiter des Atomkraftwerks Fukushima-Daiichi. Das Register soll eine Auswertung der individuellen Strahlenexposition enthalten und eine kontinuierliche Überwachung der Gesundheit vorsehen. Alle Daten und Ergebnisse sollen von unabhängigen, internationalen Experten begutachtet und zeitnah veröffentlicht werden.

Um unabhängige Messungen zu gewährleisten, unterstützt die IPPNW die Ziele des „Projekts 47“ und wird sich dafür einsetzen, dass so schnell wie möglich in jeder Präfektur eine unabhängige Messstelle installiert wird. Die deutsche Sektion der IPPNW hat als Zeichen der Solidarität und aus der Überzeugung, dass unabhängige Messungen zum Wohl der Bevölkerung erforderlich sind, beschlossen, für das Projekt 47 5.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Wir hoffen, dass damit eine weitere Messstelle eingerichtet werden kann.

Dr. Winfrid Eisenberg